

Inhaltsübersicht

Vorwort

1. Gebundenheit und Freiheit der Exekutive
 - 1.1 Verfassungsrechtliche Ausgangslage
 - 1.1.1 Grundsatz der Gewaltenteilung
 - 1.1.2 Bindung an Gesetz und Recht
 - 1.2 Gebundene und "freie" Verwaltung
 - 1.2.1 "Freie" Verwaltung
 - 1.2.2 Übersicht über die Arten von Entscheidungsspielräumen
 - 1.2.3 Sinn und Zweck von Entscheidungsspielräumen
 - 1.3 Gesetzmäßigkeit der Verwaltung = Gesetzesvorrang + Gesetzesvorbehalt
 - 1.3.1 Der Gesetzesvorrang: „Kein Verwaltungshandeln gegen das Gesetz!“
 - 1.3.2 Der Gesetzesvorbehalt: „Kein Verwaltungshandeln ohne Gesetz!“
2. Ermessen
 - 2.1 Begriff des Ermessens
 - 2.2 Erkennbarkeit von Ermessensspielräumen
 - 2.2.1 Ermessen nach dem Wortlaut der Ermächtigung
 - 2.2.2 Kann-Vorschriften
 - 2.2.3 Soll-Vorschriften
 - 2.3 Intendiertes Ermessen
 - 2.3.1 Begriff
 - 2.3.2 Kritik
 - 2.3.3 Beispiele
 - 2.4 Ermessen in Sonderfällen
 - 2.4.1 Störerauswahl
 - 2.4.2 Verfahrensermessen
 - 2.5 Abgrenzung von Ermessen zu unbestimmten Rechtsbegriffen
 - 2.5.1 Rechtsbegriffe
 - 2.5.2 Bestimmte, unbestimmte Rechtsbegriffe
 - 2.5.3 Abgrenzungskriterien
 - 2.6 Abgrenzung des Ermessens von Beurteilungsspielräumen
 - 2.6.1 Begriff
 - 2.6.2 Feststellung von Beurteilungsspielräumen
 - 2.6.3 Wichtige Bereiche mit Beurteilungsspielräumen
 - 2.6.4 Abgrenzung der Beurteilungsermächtigung vom Ermessen
 - 2.6.5 Koppelungsvorschriften
 - 2.7 Prognoseentscheidungen
 - 2.7.1 Begriff
 - 2.7.2 Grundlagen
3. Inhalt und Grenzen des Ermessens
 - 3.1 Zweck der Ermächtigung
 - 3.1.1 Bestimmung der Ermächtigungszwecke
 - 3.1.1.1 Zwecke der Ermächtigung im Polizei- und Ordnungsrecht
 - 3.1.1.2 Zwecke der Ermächtigung im Sozialrecht
 - 3.1.1.3 Zwecke der Ermächtigung in der steuernden Verwaltung
 - 3.1.2 Andere Zweckorientierungen
 - 3.2 Gesetzliche Grenzen (Schranken) der Ermessensermächtigung
 - 3.2.1 Schranken der Ermächtigung in der Ermächtigungsgrundlage
 - 3.2.2 Gleichheitsgrundsatz, Art. 3 GG
 - 3.2.2.1 Verbot zweckwidriger Differenzierungen
 - 3.2.2.2 Gebot der Chancengleichheit
 - 3.2.2.3 Selbstbindung der Verwaltung
 - 3.2.3 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
4. Fehlerhafte Ermessensentscheidungen
 - 4.1 Ermessensüberschreitung:
 - 4.1.1 Begriff
 - 4.1.2 Bestimmung des gesetzlichen Handlungsrahmens:
 - 4.2 Ermessensmissbrauch
 - 4.2.1 Begriff
 - 4.3 Ermessensunterschreitung
 - 4.4 Begründungsausfall oder –mangel
 - 4.5 Fallbeispiele
 - 4.6 Die fünf typischen Fallgruppen von Ermessensfehlern
5. Recht auf fehlerfreie Ermessensausübung
 - 5.1 Subjektives öffentliches Recht
 - 5.1.1 Rechtsreflex
 - 5.2 Subjektive öffentliche Rechte und Ermessensnormen
 - 5.2.1 Art des Anspruchs bei Ermessen
 - 5.2.2 Voraussetzungen
 - 5.3 Ermessensreduzierung auf Null
6. Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz bei Ermessensentscheidungen
 - 6.1 Ermessen im Verwaltungsverfahren
 - 6.1.1 Bedeutung von Verfahrensvorschriften
 - 6.1.2 Beachtlichkeit von Verfahrensfehlern im Rahmen der Ermessensbetätigung
 - 6.1.3 Insbesondere: Begründungspflicht nach § 39 LVwVfG
 - 6.1.3.1 Grundsatz
 - 6.1.3.2 Ausnahmen
 - 6.1.3.3 Fehlende Begründung als materieller Ermessensfehler
 - 6.1.3.4 Anforderungen an die Begründung
 - 6.1.3.5 Folgen mangelnder Begründung
 - 6.2 Ermessen im Widerspruchsverfahren
 - 6.2.1 Rechtmäßigkeit der Ermessensentscheidung
 - 6.2.2 Zweckmäßigkeit

6.3	Klageverfahren	<u>Anhänge</u>	
6.3.1	Umfang der gerichtlichen Kontrollbefugnis	Anhang I	Ausdruck der Präsentation
6.3.2	Schematische Prüfungsfolge	Anhang II	Inhaltsübersicht
6.3.3	Neubescheidungsanspruch, § 113 V S. 2 VwGO	Anhang III	Beispielfälle
6.3.4	Nachholen von Ermessenserwägungen, § 114 S. 2 VwGO	Anhang IV	Schema zu § 48 LVwVfG
		Anhang V	Rechtsprechung zum Manuskript
		Anhang VI	Gesetzesauszüge